

## Internetsperren und das Telcoms Package

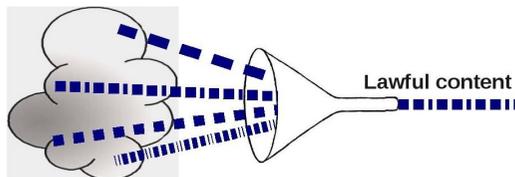
Nach der Kontrolle aller Telefon und Internetverbindungen durch die Vorratsdatenspeicherung plant die EU nun eine Überwachung und im Ergebnis eine Zensur der Inhalte die im Internet übertragen werden.

Das sogenannte **Telcoms Package** wurde im November 2009 beschlossen und will nun vorgeben, dass nur noch „lawfull content“ im Internet unterwegs sein darf. Die privaten(!) Provider sollen die Erlaubnis bekommen und damit auch die Pflicht haben, Nutzer den Zugang zum Internet zu sperren.

Bei der ersten Sichtung der Gesetzestexte und der später über 1000 Änderungsanträge ist bereits aufgefallen, dass dieses Direktivenpaket – genau wie die jetzt diskutierten Netzfilter in Deutschland -- gravierende Auswirkungen auf die informationelle Infrastruktur Europas, die Presse- und Meinungsfreiheit, die Neutralität der Zugangsanbieter, die europäischen VerbraucherInnen und Verbraucher haben könnte.

- Den Zugangsdienstleistern (Access provider) und Netzbetreibern (Carrier) könnte eine juristische Verantwortung und Haftbarkeit für die transportierten Inhalte (z.B. unerlaubtes Kopieren urheberrechtlich geschützter Musik oder Videos) zugewiesen werden.
- Gleichzeitig würde dies dem sowohl auf EU-Ebene als Menschenrecht, als auch in Deutschland als Grundrecht verankerten Post- und Telekommunikationsgeheimnis widersprechen. Eingriffe in die Kommunikation und das Telekommunikationsgeheimnis sind dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit unterworfen und dürfen nur ausnahmsweise in einem konkret begründeten Verdachtsfall vorgenommen werden.
- Darüber hinaus würden exekutive Befugnisse, nämlich der Eingriff in die Telekommunikation und die Unterdrückungen von Nachrichten, hier direkt an die Privatwirtschaft

delegiert. Der Verdachtsfall und der darauf erfolgende Eingriff in das Post- und Telekommunikationsgeheimnis, sowie die Nachrichtenunterdrückung soll also dem Ermessen eines Dienstleisters unterworfen werden. Eine juristische Prüfung soll allenfalls nachträglich erfolgen.



- Technisch wäre dieses Instrument auch dazu nutzbar, unerwünschte Meinungen, zitierte Medien und politische Kritik zu unterdrücken.
- Die wettbewerblichen Bedingungen zwischen großen und kleinen Carriern würde aufgrund der Kosten für eine aktive und permanente Echtzeit-Analyse aller Nachrichten und Nachrichteninhalte, jeder elektronischen Kommunikation über das Internet, und die Filterung dieser Inhalte verzerrt.



## Das Zugangserschwerungsgesetz oder „Löschen statt sperren“

In Deutschland ist die ehemalige Familienministerin von der Leyen vor zwei Jahren schon mal vorgeprescht, um die Menschen positiv auf diese Sperren einzustimmen. Als Mittel hat sie die (berechtigte) Abscheu gegen Kinderpornografie verwendet.

Obwohl solche Sperren technisch umgangen werden können und es sinnvoller wäre gegen die Betreiber solcher Seiten vorzugehen von denen

sich immerhin 2/3 auf Servern in den den USA und der EU tummeln.

Gesperrt würden außerdem nicht nur die vorgesehenen Seiten, sondern in der Regel entweder zu viel oder zu wenig. Das führt dann schnell, wenn auch ungewollt, zu Zensur.

Nach einer Studie des „Bundesverband Digitale Wirtschaft“ bestanden deshalb schwerwiegenden verfassungsrechtlichen Bedenken gegen das Zugangserschwerungsgesetz, und es wurde von der schwarz/gelben Koalition ausgesetzt. Inzwischen (2011) sind die Provider mit dem Projekt INHOPE und „Löschen statt sperren“ von Kinderpornografie wesentlich erfolgreicher.

## Netzneutralität in Gefahr

Die Provider werden diese Kompetenzerweiterung auch für ihre eigenen Zwecke einsetzen. So hat die Deutsche Telekom (bei I-Phone Nutzern) und auch die spanische Telefonica bereits angekündigt, dass sie VoIP-Dienste wie Skype nicht mehr weiterleiten wird, da dafür „zu viele Netzwerkkressourcen“ benötigt werden. In Wirklichkeit ist ein VoIP Telefonat mit minimal 28kbit/s eher eine schmalbandige Anwendung.

Die Forderung nach Netzneutralität wurde im EU Parlament im März 2009 mit über 80% der Stimmen ins Telcoms Package geschrieben. Nach der Europa Wahl im Juni hat die konservative Mehrheit diesen Passus leider verwässert.

<http://www.aktion-freiheitstattangst.org/de/themen/zensur-a-informationsfreiheit>

## Was kann man tun?

**Bilden Sie sich eine eigene Meinung!**  
**Bleiben Sie hartnäckig - Wehren Sie sich!**  
**Engagieren Sie sich für Ihre Bürgerrechte!**  
**Bürgerrechtsarbeit kostet Geld - Spenden Sie**

## Wir arbeiten an diesen Themen:

### Flucht & Migration

- Die Visa Warndatei
- Die europäische Fluggastdatenbank
- FRONTEX
- Europol-Novelle
- Schengen-Informationssystem II
- Die europäische Fluggastdatenbank (PNR)



### Polizei, Geheimdienste & Militär

- Vorratsdatenspeicherung
- Video- und Lauschangriff auf Wohnungen
- Datenabgleich zwischen Polizei und Geheimdiensten (GTAZ)
- Das zentrale Bundesmelderegister BZR
- Rasterfahndung in zentralen Datenbanken
- Biometrische Daten in Ausweis und Pass
- Online Durchsuchung privater PCs

### SchülerInnen-Themen

- Baby-Datei, Schüler-Datei
- Kein Militär an Schulen
- Zivilklauseln an die Unis
- Persönlichkeitsprofile, lebenslang abgestempelt

### Verbraucher- und ArbeitnehmerInnen-Datenschutz

- Gläserner Bürger, Kundenkarten, Scoring
- Die elektronische Gesundheitskarte
- Für Datenschutz auch am Arbeitsplatz
- Personaldaten, Bewerberdaten, Krankendaten, Videoüberwachung
- Gegen den elektronischen Einkommensnachweis ELENA ... und Nachfolger
- Die bundeseinheitliche Steuernummer

### Zensur & Informationsfreiheit

- Gegen Internetsperren und Zensur
- Für Netzneutralität & Informationsfreiheit
- Stopp ACTA ~ TAFTA ~ TTIP
- Open Source statt Kommerzialisierung

Verteidigen wir gemeinsam unser Grundgesetz, unser Recht auf informationelle Selbstbestimmung und die Menschenwürde!

Jede/r kann mitmachen und sich mit uns für seine Bürgerrechte einsetzen.

Die nächsten Termine unserer regelmäßigen Treffen im Berliner Antikriegs-Café COOP, Rochstr. 3, Nähe Alexanderplatz, werden auf unseren Webseiten unter dem Punkt **Aktivengruppen** angekündigt

**Aktion Freiheit statt Angst e.V.**

Rochstr. 3,  
D-10178 Berlin

Mail: [kontakt@aktion-fsa.de](mailto:kontakt@aktion-fsa.de)

Web: [www.aktion-freiheitstattangst.org](http://www.aktion-freiheitstattangst.org)



### Spendenkonto:

Aktion Freiheit statt Angst e.V.  
Triodos Bank  
IBAN: DE72 5003 1000 1060 9910 02  
BIC: TRODDEF1

Der Verein ist ab 01.01.2011 nach §§ 52 1(2) Nr. 24 AO als gemeinnützig anerkannt, Spenden sind steuerlich absetzbar.



**Aktion Freiheit statt Angst e.V.**

Bündnis für Freiheitsrechte, gegen Massen-Überwachung und Sicherheitswahn

*Mitglied des  
European Civil Liberties Network*

**Aktion Freiheit statt Angst e.V.** wendet sich gegen die zunehmende Überwachung der Menschen durch staatliche und private Stellen.

Für Informationsfreiheit und  
Netzneutralität

-  
Gegen Internetsperren

